



AUFGEBLÄTERT

Von GA-Mitarbeiter
Martin Wein

Schöner Wohnen

Mit ihrer Paragrafenreiterei hat sich die Stadt Bonn jüngst bis in die Satire-Sendung Extra 3 verwaltet. Dem Modehändler Tobias Binder hatte die Kommune das Aufstellen einer Holzbank für müde Fußgänger vor seiner Boutique in der Friedrichstraße untersagt. So etwas sei nur Gastronomen gestattet. Hätte man sich im Stadthaus schon immer so engstirnig verhalten, wäre Bonn heute mindestens um eine Besucherattraktion ärmer.

Im November 1963 musste sich der Stadtrat nämlich nach dem Wunsch des frisch gewählten Bundeskanzlers Ludwig Erhard mit einer standesgemäßen Bleibe in Nähe des Kanzleramtes beschäftigen. Nicht nur wollte das Bundeskanzlerministerium damals eine satte Million D-Mark für einen Bungalow mit zwei Innenhöfen und einem Schwimmbecken für den Kanzler in die Hand nehmen, damals eine gewaltige Summe.

Erhard setzte auch den mit ihm befreundeten Architekten Professor Sep Ruf durch, der schon Erhards Privathaus am Tegernsee geplant hatte. Den Bonner Bauausschuss tangierte das Vorhaben, weil als Bauplatz der Park des Palais Schaumburg vorgesehen war. Und der lag in einem Landschaftsschutzgebiet und außerhalb der Baulinie.

Nachdem die Bundesregierung versichert hatte, keinen der alten Bäume fällen zu wollen, gab es dennoch grünes Licht aus dem Rathaus. Erhard selbst nutzte die Immobilie kaum ein Jahr lang. Aber als bedeutendes Beispiel der 60er-Jahre-Architektur wurde sie zu einem Symbol der Bonner Republik und steht seit 2001 selbst unter Schutz.

Aber auch für den Bonner Modehändler Binder und seine Bank fand sich eine Lösung. Er klebte ein Preisschild dran und deklarierte sie so als Warenauslage. Dagegen kann die Bonner Stadtverwaltung nichts einwenden. Das darf man dann wohl getrost unter echtem rheinischen Humor verbuchen.

Straßen frei für Fußgänger

1973: In der ersten Ölkrise müssen Autos vier Sonntage im November und Dezember stehen bleiben

VON MARTIN WEIN

BONN. Der Autofahrer, der am 25. November 1973 auf der Adenauerallee unterwegs ist, muss sich warm anziehen. Und das nicht nur wegen des schlechten Wetters mit leichtem Schneefall, das an diesem Sonntag herrscht. Aller Augen drehen sich nach dem verdächtigen Motorengeräusch um, das in der stillen Bonner Innenstadt auf der sonst so viel frequentierten „Diplomatenrennbahn“ umso lauter erscheint. Ist da ein Krimineller unterwegs – oder doch einer der wenigen mit einer Ausnahmegenehmigung?

„Die Bonner haben bewiesen, dass ihr Freizeitglück nicht vom Auto abhängt“, resümiert der GA am folgenden Montag in seiner Bonner Lokalausgabe. Zu Hunderten hätten die Menschen die City bevölkert: „Überall das gleiche Bild: Fußgänger, die an Schaufenstern vorbei flanierten, Radfahrer, die beschwingt in die Pedale traten. Fröhliche Mienen in den Gesichtern. Auch Stadtluft wurde ohne den Zusatz von Blei als wohltuend empfunden.“ Die Unternehmungslust der Bonner sei ungebrochen gewesen. Gaststätten und Kinos waren voll. Und auch die Friedhöfe, denn der 25.11. war Totensonntag. Nur die Betreiber weit abgelegener Ausflugslokale ohne gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr klagten über erhebliche Umsatzausfälle.

Alle anderen sind gut zu Fuß unterwegs. Manche seien sogar einfach bei roten Ampeln über die Straßen gelaufen, berichtet die Zeitung. Kein Wunder: Auf der leergefegten Reuterstraße hat der Reporter in 20 Minuten gerade einmal zehn Fahrzeuge gezählt. Mitten auf der Fahrbahn haben Kinder stattdessen Fußball gespielt. Auf der B9 sind Rollschuhläufer unterwegs gewesen. Wofür man Asphaltbahnen eben noch so nutzen kann.

Der Anlass für die autofreie Stadt ist allerdings weniger erquicklich und damals auch kein Vorbote einer neuen Verkehrspolitik. 1968 haben Kuwait, Libyen und Saudi-Arabien in Beirut als Reaktion auf den Sechstage-Krieg in Israel die Organisation der arabischen Erdöl exportierenden Staaten (englisch OPAEC) als politisches Bündnis im Gegensatz zur bekannteren Organisation Erdöl exportierender Staaten (OPEC) gegründet. Weitere Staaten aus dem Nahen und Mittleren Osten haben sich angeschlossen. Ihnen geht es nicht nur um Unabhängigkeit von den sieben großen Ölkonzernen. Sie wollen ihren Ölreichtum auch als politisches Druckmittel nutzen. Nachdem Ägypten und Syrien ausgerechnet am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur am 6. Okto-



Bundeskanzler Willy Brandt nutzt den ersten autofreien Sonntag zu einem Spaziergang mit Ehefrau Rut, seinem Sohn Matthias und dem Familienhund Bastian.

FOTO: GA-ARCHIV

ber 1973 erneut Israel angegriffen haben, haben die OPAEC-Staaten ihre Fördermenge bewusst gedrosselt. Damit wollen sie die Staaten der Welt insbesondere im Westen davon abhalten, Israel offensiv beizustehen. Auf den Kriegsverlauf hat das keinen Einfluss. Tatsächlich haben fünf Prozent weniger Angebot aber gewaltige Auswirkungen: Der Ölpreis vervierfacht sich binnen Jahresfrist von drei auf zwölf Dollar.

Das Energiepreissicherungsgesetz der Bundesregierung soll die negativen Auswirkungen auf die verteuerte Energie abfedern, indem es die benötigte Menge reduziert und so den Ölpreis stabilisiert. An vier Sonntagen ab Ende November 1973 gilt deshalb ein Fahrverbot im ganzen Land. Die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen wird außerdem für sechs Monate auf 100 Stundenkilometer reduziert. Auf Landstraßen gilt Tempo 80.

Am ersten autofreien Sonntag

zeigen Mitglieder der Bundesregierung in Bonn demonstrativ, wie man der Krise positiv begegnen kann. Bundesforschungsminister Horst Ehmke wird in einer Bonner Straßenbahn gesichtet. Bundeskanzler Willy Brandt geht dick eingepackt mit Ehefrau Rut und Familienhund Bastian auf dem Venusberg spazieren. Bundesbildungsminister Klaus Karl Anton von Dohnanyi schwingt sich aufs Fahrrad. Und die gesamte Familie muss mit. Die Stadtwerke haben 30 Busse zusätzlich im Einsatz für die, die nicht laufen oder radfahren wollen oder können. Zum Venusberg fahren die Chauffeure spazierwillig im Fünf-Minuten-Takt. Trotzdem sind Busse und Bahnen häufig überfüllt. So übernimmt auch ein Fuhrunternehmer mit seinen Pferden etliche Personentransporte in der Innenstadt.

Bei rund tausend Kontrollen fallen der Bonner Polizei an diesem Sonntag lediglich sieben Autofahrer

ohne gültige Sondererlaubnis auf. Zu Unfällen kommt es im Stadtgebiet gar nicht. Auch im Umland wird die „Verkehrsstufe null“ nach Angaben der Polizei fast vollständig eingehalten. Positiver Nebeneffekt des Tempolimits, das schon am Samstag auf Autobahnen und Landstraßen gegolten hat: Gleich am ersten Tag hat sich die Zahl der Unfälle in Nordrhein-Westfalen auf 178 halbiert. Auch die Zahl der Verletzten liegt mit 210 50 Prozent unter dem Wert der Vorwoche. Fünf Menschen sind gestorben. Es besteht damals noch keine Anschlupfpflicht.

Die Aktion soll der Bevölkerung vor allem zeigen, dass die Energie knapp ist. Die Einsparung von Erdölprodukten an den autofreien Sonntagen hält sich dagegen in Grenzen. So muss die Bundesrepublik im Folgejahr für ihre Erdölimporte 17 Milliarden D-Mark mehr ausgeben als 1973. Die Wirtschaftskrise verschärft sich.

Rhein bleibt weg

BONN. Rhein, wo bist du?, fragen sich die Bonner Ende November 1983. Während ein wenig Schnee die Innenstadt kurzfristig in ein Wintermärchen verwandelt, trocknet der Rhein fast aus. Die Schifffahrt muss zeitweise ausgesetzt werden und in Oberkassel tauchen die Reste des Trajektes aus den zurückgewichenen Fluten auf. Dabei hatte Lübeck die Bonner erst Ende April / Anfang Mai mit einem ordentlichen Hochwasser erschreckt. *wmr*

Heinrich war es

BONN. Auf der letzten Chronikseite im Oktober hatten wir über die Wahl Ludwig Erhards zum zweiten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland 1963 berichtet. Bundespräsident Heinrich Lübke hatte Erhard damals die Ernennungsurkunde überreicht. Im Text hatte Lübke fälschlicherweise den Vornamen Richard bekommen. Wir bitten das Versehen zu entschuldigen. *wmr*

Trauer um Kennedy

1963 fällt der US-Präsident einem Attentat zum Opfer

BONN. Die Ermordung von John F. Kennedy am 22. November 1963 in Dallas löst auch in Bonn eine Welle der Bestürzung und Trauer aus. Der beliebte US-Präsident war erst fünf Monate zuvor auf Staatsbesuch am Rhein zu Gast gewesen. Vier Tage nach dem Attentat kommen rund 1000 Studierende der Pädagogischen Hochschule in der Aula zusammen, um die Trauerfeier in Washington gemeinsam im Fernsehen zu verfolgen. Danach ziehen sie schweigend zum Hofgarten und vereinigen sich dort mit 7000 Studierenden der Universität Bonn. Mit Fackeln bilden sie einen Kordon rund um das Hauptgebäude der Universität. Während die Glocken des Münsters läuten, lodert schließlich ein großes Feuer der vielen Fackeln im Hofgarten auf. Am 2. Dezember wird die zentrale Rheinbrücke in Erinnerung an den Hoffnungsträger Kennedybrücke getauft. *wmr*



Die Kennedy-Brücke erinnert seit 1963 an den ermordeten US-Präsidenten.

FOTO: GA-ARCHIV

Ein Blumenkohl für 500 Milliarden

Im November 1923 erreicht die grassierende Hyperinflation auch in Bonn ihren Höhepunkt

VON MARTIN WEIN

BONN. Im November 1923 eskaliert die bis dahin größte Wirtschafts- und Währungskrise der Weimarer Republik in scheinbar uferloser Hyperinflation. Am zweiten November wird der Devisenkurs der seit 1914 nicht mehr mit Gold gedeckten Mark zum Dollar mit 143 Milliarden festgestellt. Nachbörslisch fällt er weiter ab. Ein Pfund Wirsingkohl schlägt an diesem Tag auf dem Bonner Großmarkt mit 200 bis 300 Millionen Mark zu Buche, ein Rotkohl mit 500 bis 600 Millionen, ein Blumenkohl mit bis zu fünf Milliarden Mark. Der Milchpreis wird auf 20,5 Milliarden Mark festgesetzt. Die Zustellung des GA kostet in der ersten Novemberwoche 25 Milliarden Mark. Wird erst am Dienstag bezahlt, behält sich der Verlag einen Aufschlag vor. Dafür erhalten beispielsweise die Industrieangestellten in Bonn und der Region als Restzahlung für den Oktober das 5400-fache des Augustgrundgehaltes ausgezahlt – und geben es möglichst umgehend

wieder aus. Wer keine Immobilien besitzt, hat sein Vermögen verloren.

Alle kämpfen nun auch praktisch mit der Teuerung. In Wäschekörben müssen die Buchhalter das Geld zur Auszahlung tragen. Die Privatbanken öffnen ihre Schalter deshalb nur noch stundenweise. Weil die Reichsbank mit der Geldproduktion längst nicht mehr nachkommt, druckt die Stadt Bonn eigene Banknoten mit einem astronomischen Gesamtwert von 4359871 Milliarden Reichsmark. Schnell werden sie Sammlerstücke.

Die Zeitung kostet pro Woche 400 Milliarden Mark

„Umsturz in Bayern“ titelt der GA am 9. November über den Putsch Adolf Hitlers im Münchener Bürgerbräukeller, wo der bayerische Staatskommissar von Kahr eine Versammlung abgehalten hatte. Am gleichen Tag ziehen Bonns Arbeitslose demonstrierend von der Baracke in der Sternstraße zum Rathaus. Seit Anfang der Woche müssen sie

für staatliche Unterstützung die Straßen kehren und ausbessern. Das St. Martins-Komitee bittet dringend um Spenden für Bonner Waisenhäuser und arme Kinder ohne Unterschied ihrer Konfession. Der Bezugspreis der Zeitung ist inzwischen auf 400 Milliarden Mark pro Woche gestiegen.

Nachdem Hitler in München einen Marsch auf Berlin ankündigt, besinnen sich endlich die Demokraten. Die Reichswehr zerschlägt den Putsch gewaltsam und nimmt Hitler und den Weltkriegsgeneral Erich Ludendorff im Münchener Wehrkreiskommando fest, aber es ist auch politisch Zeit für unterschiedenes Handeln. Reichskanzler Gustav Stresemann beendet den Ruhrkampf und sucht einen Ausgleich mit Frankreich. Industrielle an Rhein und Ruhr einigen sich mit den Franzosen über die ausstehenden Reparationszahlungen. Um den 20. November bringt die im Oktober gegründete Deutsche Rentenbank die Rentenmark zum

Kurs von eins zu einer Billion zur wertlosen Papiermark in Umlauf. Dazu sind wertstabile Immobilien aus Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie zwangsweise mit Hypotheken und Grundschulden von 3,2 Millionen Mark in Gold belastet worden. In der Folge stabilisieren sich die Preise, auch wenn die neue Währung in Bonn und den übrigen besetzten Gebieten zunächst nicht eingeführt werden darf. Die NSDAP, die völkische DVFP und die KPD werden im ganzen Reich verboten. Auch die Idee einer Abspaltung des Rheinlandes, die in der verzweifelten finanziellen Lage in Berlin und Düsseldorf wieder aufgekommen war, wird zu den Akten gelegt. Die teils militanten rheinischen Separatisten, die im September noch 2000 Anhänger in Poppelsdorf versammelt und Ende Oktober für zwei Tage des Bonner Rathaus besetzt haben, werden im Siebengebirge von Bauern und Steinbrucharbeitern mit Schrotflinten, Äxten und Knüppeln endgültig aufgerieben.



Auch die Stadt Bonn lässt 1923 Notgeld drucken, weil die bisherigen Banknoten nicht mehr ausreichen.

FOTO: STADTARCHIV BONN